

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel
MdB erinnert an die Ver-
leihung des Friedens-No-
belpreises an Willy Brandt
vor 15 Jahren: Mann des
Friedens.

Seite 1

Georg Schlaga MdB kom-
mentiert den Besuch des
Königs von Nepal: Helfen,
wo immer es möglich und
sinnvoll ist.

Seite 3

Dr. Volker Hauff MdB
setzt sich mit der Um-
weltdebatte im Bundesrat
auseinander: Länder lassen
Wallmann im Sauren Re-
gen stehen.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB
nimmt Stellung zur Ver-
hängung von Ordnungs-
maßnahmen gegen Alfons
Lappas: Verhalten ver-
dient angemessene Reak-
tion.

Seite 6

41. Jahrgang / 199

17. Oktober 1986

Mann des Friedens

Zum 15. Jahrestag der Verleihung des Friedensnobelpreises an
Willy Brandt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Vor 15 Jahren, am 20. Oktober 1971, erhielt Willy Brandt den Friedensnobelpreis. Er ist seit der Stiftung dieses Preises der vierte Deutsche, dem diese hohe Auszeichnung zuteil wurde. Anlaß für die Verleihung war die Ostpolitik Willy Brandts und insbesondere sein Bemühen, den Prozeß der Aussöhnung auch mit unseren östlichen Nachbarn in Gang zu setzen. Wörtlich hieß es dazu in der Begründung des Nobelkomitees: „Bundeskanzler Willy Brandt hat als Chef der westdeutschen Regierung und im Namen des deutschen Volkes die Hand zu einer Versöhnungspolitik zwischen alten Feindländern ausgestreckt. Er hat im Geiste des guten Willens einen hervorragenden Einsatz geleistet, um Voraussetzungen für den Frieden in Europa zu schaffen.“

Und an anderer Stelle würdigt das Komitee die Politik Brandts als den Versuch, „den Haß zu begraben und im Geiste des guten Willens Versöhnung über die Massengräber der Kriege hinaus zu finden.“

Diese Feststellungen haben auch 15 Jahre später nichts von ihrer Bedeutung verloren. Im Gegenteil: Die historische Tragweite dessen, was Willy Brandt damals in Bewegung gesetzt hat, ist seitdem noch klarer hervorgetreten. Das Geflecht von Beziehungen, das sich zwischen der Bundesrepublik und den Staaten des Warschauer Pakts entwickelt hat, die Stabilisierung der Lage Berlins, die fortschreitende Verbesserung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten - das alles wäre ohne die Kanzlerschaft Brandts und ohne die Überzeugungskraft seiner Politik so nicht möglich gewesen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Umwelt
mit recycelten Fasern
Kopierpapier



Es ist notwendig, anlässlich der 15. Wiederkehr der Nobelpreisverleihung daran zu erinnern; auch daran, daß uns heute mitunter selbstverständlich erscheint, was vor 15 Jahren, selbst noch vor zehn Jahren als undenkbar galt. Etwa die große Zahl von legalen Übersiedlungen aus der DDR in die Bundesrepublik, die Erleichterungen im Ost-West-Reiseverkehr, die erste Städtepartnerschaft zwischen einer Stadt der DDR und einer Stadt der Bundesrepublik oder die Verständigung zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der DDR-Führung darüber, wie eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa zustande gebracht werden könnte.

Die deutsche Rechte hat die ersten drei deutschen Friedensnobelpreisträger, Gustav Stresemann, Ludwig Quidde und Carl von Ossietzky, zu ihrer Zeit erbittert bekämpft und sie in die Nähe des Landesverrats gerückt. Carl von Ossietzky wurde nicht erst von der NS-Gewaltherrschaft verfolgt; er wurde ebenso wie Quidde schon vorher von einer konservativ-reaktionären Justiz unter Anklage gestellt und verurteilt. Auch dem Preisträger Willy Brandt sind Verleumdungen und Diffamierungen aus dem gleichen Lager nicht erspart geblieben. Sie begleiten ihn bis heute. Der Friedensnobelpreis war für diese Kreise auch in seinem Falle nicht ein Zeichen internationaler Anerkennung deutschen Friedenswillens, sondern ein Anlaß, die „nationale Zuverlässigkeit“ des Preisträgers in Zweifel zu ziehen.

Willy Brandt hat sich davon nicht anfechten lassen. Unbeirrt engagiert er sich für eine Politik der Friedenssicherung als Präsident der Sozialistischen Internationale, als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission und als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Die deutschen Sozialdemokraten danken ihm dafür. Sie erwarten von ihm auch in Zukunft Perspektiven und Impulse für den Frieden. Sie werden ihm auch in Zukunft auf dem Weg zur Überwindung des Krieges und der Gewalt folgen.

(—/17.10.1986/rs/fr)

* * *



Helpen, wo immer es möglich und sinnvoll ist

Zum Besuch des nepalesischen Königs Birendra in der Bundesrepublik

Von Georg Schlaga MdB

Vom 20. bis 24. Oktober weilt der König von Nepal zu seinem ersten Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Land, inzwischen Ziel einer wachsenden Zahl von Touristen und besonders Bergsteigern, ist sehr eindrucksvoll begrenzt von der Achtausender-Kette des Himalaja im Norden.

Ansonsten zählt es zu den ärmsten Ländern der Welt und wird von der Bundesrepublik mit Entwicklungshilfe unterstützt. Wir sind der drittgrößte Geber an Nepal.

Nepal hat ein Einkammer-Parlament, allerdings ohne Parteien. Wahlpraktiken, die es bei uns kaum gibt, sind dort recht verbreitet.

Immerhin kann das Parlament die Regierung absetzen. Hinter allem aber steht der König - und er ist als „Gott-König“ unabsetzbar.

Die verbotene Opposition, der Nepal Congreß (CI), trägt eher sozialdemokratische Züge als etwa kommunistische. Einer meiner nepalesischen Freunde - ein Student - ist 1985, gleich nach seiner Rückkehr aus Deutschland, für ein halbes Jahr eingesperrt worden, weil er sich - etwas zu laut vielleicht - zu seiner verbotenen Partei bekannte.

Wir Sozialdemokraten heißen König Birendra trotzdem in der Bundesrepublik herzlich willkommen und freuen uns, daß er auf diese Weise seinen Dank für die von uns geleistete Hilfe abstatte möchte. Und wir werden auch in Zukunft helfen, wo immer es möglich und sinnvoll ist.

(-/17.10.1986/va-he/rs)

* * *



Die Länder lassen Wallmann im Sauren Regen stehen

Anmerkungen zur Umwelt-Debatte im Bundesrat

Von Dr. Volker Hauff MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Wenn der Bundesrat am heutigen Freitag dem Votum der Ausschüsse zu zwei Umweltvorlagen der EG-Kommission folgt, wird das für die Bundesregierung nicht sehr angenehm: Der Bundesrat bescheinigt ihr dann erneut das Scheitern in zwei wichtigen Vorhaben zur Schadstoffminderung im Verkehrsbereich.

Der Bundesrat wird die Bundesregierung auffordern, die EG-Vorschläge zur Partikelbegrenzung aus Diesel-PKW und zur Schadstoffbegrenzung aus Nutzfahrzeugen als umweltpolitisch untauglich abzulehnen. Unmißverständlich wird der Bundesregierung zweierlei um die Ohren geschlagen:

1. Der umweltpolitische Fehlschlag der Diesel-Politik: nach Auffassung des Bundesrates schöpft der EG-Vorschlag zur Partikelbegrenzung auf 1,3 g/Test den Stand der Technik bei weitem nicht aus; überdies sollten die Einföhrungstermine für Partikelwerte wesentlich vorgezogen werden.

Wenn schon dieser Grenzwert für umweltpolitisch falsch gehalten wird - um wieviel absurder ist dann die Entscheidung der Bundesregierung, nahezu alle Diesel ohne jeden Grenzwert für schadstoffarm einzustufen und dafür Steuergelder zum Fenster herauszuwerfen!

2. Da der EG-Vorschlag zur Emissionsbegrenzung von Nutzfahrzeugen auch der der Bundesregierung ist, richtet sich die Bundesratskritik unmittelbar an die Bundesregierung beziehungsweise Umweltminister Wallmann selbst.

Zitat Bundesrat: „Bei Festschreibung der in der Richtlinie vorgeschlagenen Grenzwerte bis weit in das kommende Jahrzehnt würden die Schadstoffemissionen dieser Fahrzeuge durch die Zunahme dieses Verkehrs trotz der Richtlinie sogar noch ansteigen.“

Der Anstieg des Güterverkehrs auf den Straßen ist fester Bestandteil aller Prognosen der Bundesregierung; der künftige Anstieg der Stickoxidemissionen ist schon programmiert: Der Bundesrat bittet deshalb „eindringlich“ um „erhebliche Verbesserungen der Regelungen“.

Der Bundesrat wird am heutigen Freitag seine Kritik an der Bundesregierung diplomatisch verpacken. Fest steht dennoch: die Länder lassen Wallmann im Sauren Regen stehen.



Die EG-Vorschläge können unter Umweltgesichtspunkten nicht akzeptiert werden.

1. Die Bundesregierung ist aufgefordert, entweder bis Jahresende in den EG-Verhandlungen einen umweltpolitisch vernünftigen - und das ist ein gegenüber dem EG-Vorschlag halbiertes - Partikelgrenzwert durchzusetzen. Wenn ihr das nicht gelingt, muß sie künftig darauf verzichten, Diesel-PKW als schadstoffarm einzustufen.

Aufgrund der steuerlichen Anerkennung dieser Diesel als angeblich umweltfreundlich, wird ein umweltpolitisch unsinniger Diesel-Boom ausgelöst mit der Folge sogar noch zunehmender Partikelbelastung um rund 2.000 Tonnen jährlich.

2. Einen neuen Verhandlungsanlauf fordern wir auch für die Absenkung der Nutzfahrzeug-Emissionen. Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, mit einem Konzept in die Verhandlungen zu gehen, wie es die SPD-Bundestagsfraktion bereits vor Jahresfrist in einem Bundestagsantrag eingebracht hat.
3. Last not least erhält die Bundesregierung am Freitag vom Bundesrat Nachhilfe beim Verbot des bleihaltigen Normalbenzins. Die Länder fordern von der Bundesregierung viel mehr Nachdruck, um die skandalöse Stagnation beim Absatz von bleifreiem Benzin zu beenden.

Fazit: Die Politik der Bundesregierung zur Abgasminderung im Kraftfahrzeugverkehr ist Paradebeispiel für das Scheitern ihrer Umweltpolitik: Heute sind die Stickoxidemissionen aus dem Kraftfahrzeugverkehr höher als 1984. Das müßte nicht so sein. Vieles könnte geschehen:

- Tempolimit auf Bundesautobahnen und Landstraßen,
- Abgasbegrenzung von Nutzfahrzeugen nach dem Stand der Technik,
- Partikelbegrenzung aus Diesel-PKW nach dem Stand der Technik,
- ein Konzept, das den Güterverkehr tatsächlich von der Straße auf die Schiene bringt,
- ein Verbot von bleihaltigem Normalbenzin.

Die Maßnahmen der Bundesregierung dagegen sind noch tauglich zur Effekthascherei, nicht aber zur Luftreinhaltung. Gut, wenn der Bundesrat das anhand zweier Beispiele auch noch einmal feststellt.

(-/17.10.1986/vo-he/rs)



Verhalten des BGAG-Vorstandes verdient angemessene Reaktion

Zur Verhängung von Ordnungsmaßnahmen gegen Alfons Lappas

Von Dr. Dietrich Sperling MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im 3. Untersuchungsausschuß (Neue Heimat)

Daß die BGAG sich zu Recht gegen eine schrankenlose Ausforschung zur Wehr setzt, haben die Abgeordneten der SPD von Anfang an deutlich gemacht. Denn das „Dregger-Papier“ mag zwar Handlungsanweisung für beflissene Wasserträger der derzeitigen Koalition sein, ersetzt aber noch nicht das Grundgesetz und die in ihm auch für von der Mehrheit beantragte parlamentarische Untersuchungsverfahren angelegten Schranken.

Herr Lappas hatte aber auch Organschaftsstellungen bei der Neuen Heimat: Er war Mitglied des Aufsichtsrats der Konzernmutter und verschiedener anderer Gremien. In dieser Eigenschaft war er nicht nur zum Erscheinen, sondern auch zur Aussage vor dem 3. Untersuchungsausschuß verpflichtet. Der Ausschuß hätte ihm sicher auch dabei geholfen, den schmalen Weg zwischen berechtigter Antwortverweigerung bei den einen Fragen und wahrheitsgemäßer und vollständiger Beantwortung der anderen unbeschädigt zurückzulegen.

Es war sein Verhalten, das den 3. Untersuchungsausschuß zwang, von den Ordnungsmaßnahmen der Strafprozeßordnung Gebrauch zu machen. Die Abgeordneten der SPD haben deshalb der Verhängung eines Ordnungsgeldes vorbehaltlos zugestimmt. Ob Lappas allerdings in Beugehaft genommen werden sollte, beurteilt sich danach, ob eine solche Maßnahme verhältnismäßig und angemessen ist.

Im Strafverfahren wird dieses Mittel nur eingesetzt, wenn Verurteilung oder Freispruch des Angeklagten von der Aussage gerade dieses einen verstockten Zeugen abhängt. Für die Fragen, die nach dem Verkauf der Neuen Heimat noch wirklich zu beantworten sind, sind die möglichen Angaben von Alfons Lappas aber so wichtig nicht. Es sei denn, es gehe auch bei veränderter Situation weiter allein um das Abhaken der Regieanweisungen des „Dregger-Papiers“. Dann hätte sich die CDU/CSU mit ihren wirklichen Absichten endgültig entlarvt. (-/17.10.1986/vc-ha/rs)

* * *

